

P.B. Nr. 19 - BU/FU

San José, 30. Dezember 1991

EDA

Politisches SekretariatNicaragua: Schlussbericht

1. Mit dem Beginn der Regierung Chamorro (besser würde man von der Regierung Lacayo sprechen) und erst damit hat in der Geschichte Nicaraguas eine neue Epoche begonnen. Bewusst und entschieden bemüht sich Präsidentschaftsminister Lacayo, die Jahrzehnte dauernde "absolutistische" und "exklusivistische" Tradition zu beenden und Raum für einen echten Pluralismus und reale Partizipation zu schaffen. Er muss dieses Unternehmen unter denkbar schwierigen Umständen durchführen, und die Erfolge sind denn bisher auch bescheiden geblieben. Aber es sind Fortschritte zu verzeichnen.

Auf Schwierigkeiten stossen die Präsidentin und ihr Premierminister auf verschiedenen Fronten: Zuerst ist die Aufgabe, das Land aus dem Feudalismus in die Moderne zu führen, an sich schon riesig. Es stehen ihnen dazu auch nur beschränkte Durchsetzungsmittel zur Verfügung, da die Sandinisten die klassischen Machtinstrumente des Staates (Polizei, Armee, Justiz) kontrollieren. Noch immer prägt zudem eine starke Polarisierung das politische und gesellschaftliche Klima und droht, die Regierung zwischen zwei Extremen - wie die Phänomene der Recontra, der Recompas, der sandinistischen Aufstände und der Alcaldebewegung zeigen - zu erdrücken. Und schliesslich findet die Wirtschaft trotz Stabilisierungserfolgen weiterhin nicht aus der Stagnation, und die Sozialindizes verschlechtern sich. Doch die beiden grossen R des UNO-Regierungsprogramms, Reconciliación und Reconstrucción, gehören unauflöslich zusammen: Ohne Aussöhnung wird es keinen wirtschaftlichen Fortschritt, ohne diesen keinen nationalen Konsens geben.

Lacayos Aufgabe ist eine Gratwanderung, bei der es nur mit Mühe gelingen kann, die richtige Mitte zwischen entschiedenem Durchgreifen und geduldigem Reifenlassen zu finden.

2. Der Wahlsieg der UNO vom Februar 1990 war in erster Linie eine Absage des Volkes an die Sandinisten und ihr "historisches Projekt". Das UNO-Wahlprogramm, das theoretisch auch das Regierungsprogramm Violeta Chamorros darstellt, war denn auch als kritisch-negative Antwort auf die sandinistische Politik konzipiert. Kann man den Inhalt der heutigen Regierungspolitik



- 2 -

daher als blosser "Ueberwindung des Sandinismus" verstehen? Besteht die politische Grunddynamik Nicaraguas noch immer und ausschliesslich im Streit zwischen Sandinismus und Antisandinismus?

Gewiss einige Grundlinien des "neuen Programms" sind gezielt gegen sandinistische "Errungenschaften" gerichtet, nämlich kurz und bündig gesagt gegen den exklusiven Machtanspruch einer einzelnen Partei und die dazugehörige rechtliche und institutionelle Instrumentierung (Verfassung, Gesetze, Rolle von Armee und Polizei usw.), gegen die Ideologisierung und Militarisierung der Gesellschaft (neues Verhältnis zwischen Staat und "société civile", Entideologisierung der Erziehung), gegen das Modell der Zentralverwaltungswirtschaft und gegen die einseitig-militante aussenpolitische Positionierung. Wenn aber die heutige Politik auch wesentliche Teile des "historischen Projekts" demontiert, besteht sie nicht einfach - weder in der Zielsetzung noch in der Realisierung - in der Beseitigung dessen, was die Sandinisten gebracht haben. Violeta Chamorros Kurs stellt keinen antisandinistischen "Revanchismus" und schon gar keine Rückkehr zum Somocismus dar, wie es die FSLN-Propaganda behauptet.

Umgekehrt geht es aber ebensowenig um die "Wiederherstellung" der Demokratie. Eine solche hatte es ja in der nicaraguanschen Geschichte noch nie gegeben, auch wenn das gewisse Vertreter der Rechten so sehen wollen. Präsidentin Chamorro will einen demokratischen und sozial ausgeglichenen Rechtsstaat schaffen, der auf einem gesunden ökonomischen Fundament ruht. Das kann sie nicht, indem sie etwas wiederherstellt, sondern nur indem sie die Vergangenheit überwindet, die sandinistische ebenso wie die somocistische. Ja, gewisse Uebel, die es zu beseitigen gilt, haben ihre Wurzeln sogar noch tiefer in der Geschichte.

Die Regierungsmitglieder beweisen durch Wort und Tat, dass sie sich dessen bewusst sind. Sie bleiben nicht auf das fixiert, was in den letzten 10 Jahren geschaffen wurde. Die "Vergangenheitsbewältigung", die ihre Politik darstellt, greift weit hinter die sandinistische Periode zurück.

Die Auseinandersetzung mit dem Sandinismus ist zudem auch keineswegs allein negativ. Präsidentin Chamorro liess von allem Anfang an wissen, dass sie das "Brauchbare" unter den sandinistischen Änderungen nicht beseitigen, sondern bewahren und ausbauen will. Die Agrarreform beispielsweise - ohne Zweifel ein Herzstück der sandinistischen Strukturänderungen - soll in ihren Grundzügen nicht angetastet werden. Ebensowenig stehen die Fortschritte in der Präventivmedizin, das Genossenschaftswesen oder gewisse administrative Regelungen zur Debatte.

Eine solch differenzierte Optik erscheint vielen Staatsbürgern auf beiden Seiten nur als Lauheit und Inkonsequenz. Während aus dem sandinistischen Lager der Vorwurf eines neuen Somocismus laut wird, ziehen Vizepräsident Virgilio Godoy und die meisten UNO-Parteien die Präsidentin und ihr Kabinett der

"politischen Feigheit vor dem Feinde", ja der Komplizenschaft mit den Sandinisten. Setzt sich die Regierung Chamorro/Lacayo zwischen die Stühle ?

3. Man kann nicht leugnen, "Premierminister" Lacayo hat viel Wasser in den Wein des ursprünglichen UNO-Regierungsprogramms geschüttet und erhebliche Konzessionen an die Sandinisten gemacht. Bedenklich stimmt dabei, dass diese "Anpassungen" nicht nur den eigenen Ueberzeugungen, sondern noch mehr dem rücksichtslos undemokratischen Druck gehorchten, welche die Sandinisten in den ersten Monaten der UNO-Regierung mit Hilfe ihrer Machtmittel (Gewerkschaften, Massenorganisationen, Armee, Polizei, Justiz, bewaffnete Zivilbevölkerung) ausübten. Die sterile Fundamentalopposition der Sandinisten und die Komplizität von Armee und Polizei mit dem FSLN ging damals soweit, dass Kritik nicht nur von UNO-Seite, sondern sogar aus den Reihen des Frente laut wurde.

"Tonio" Lacayos Nachgiebigkeit zeitigte tatsächlich einige bedenkliche Folgen. Sie hat beispielsweise zu einer Art sandinistischer Mitregierung (Co-Gobierno) geführt, ohne dass der FSLN die Verantwortung für die Entscheide mittragen müsste. Sie hat weiter eine Entfremdung zwischen der Regierung und der sie theoretisch konstituierenden UNO-Parteienkoalition zur Folge, wodurch die Exekutive über weite Strecken ohne parlamentarische Basis dasteht und auf die Unterstützung der Sandinisten angewiesen ist. Doch die schwerwiegendste Folge der mangelnden Machtkonsolidierung besteht in der Tatsache, dass Nicaragua noch nicht zu einem Rechtsstaat wurde.

Das jüngste und auch eines der eindrücklichsten Beispiele für die Spaltung zwischen der Regierung und der sie bildenden Parteien stellt die Debatte um ein neues Eigentumsgesetz dar. Mit den Dekreten, welche die Exekutive im Frühjahr 1991 erliess, gab sie den Sandinisten eine weitgehende "Absolution" für die "Piñata". Daraufhin verabschiedete die UNO-Fraktion einstimmig ein Gesetz, das die "Sünder" zur Kasse beten wollte. Die Präsidentin legte aber das Veto ein, und nachdem monatelange Ausgleichsgespräche zu keinem Ergebnis führten, versuchte die UNO-Fraktion unter der entschiedenen Führung von Parlamentspräsident Alfredo César anfangs Dezember das Veto zu überstimmen. Weil aber vier UNO-Abgeordnete "umkippten", scheiterte diese Strategie, allerdings nur gerade um eine Stimme. Es ist nicht das erste Mal, dass die Regierung einen Entscheid mit sandinistischer Unterstützung gegen ihre eigene (fast geschlossen stimmende) Fraktion durchsetzt. Darum wird zunehmend die kritische Frage laut, wen diese Regierung denn eigentlich repräsentiere. Wird auf diese Weise wirklich der Wählerwille respektiert?

Die Fronde innerhalb der UNO gegen Antonio Lacayo und seine - wie man es auf dieser Seite sieht - "Appeasement-Politik" umfasst ein weites Spektrum: Unter der Führung von Vizepräsident Virgilio Godoy opponieren kommunistische und konservative Parteien, Liberale und Sozialdemokraten. Widerstand gegen die

- 4 -

Regierungspolitik leisten aber auch die im COSEP zusammengefassten Unternehmer und die nicht-sandinistischen Gewerkschaften. Auch die Re-Contra - eine Gruppe ehemaliger Contras, die anfangs 1991 wieder zu den Waffen gegriffen hat und der sandinistischen Polizei und Armee seither einen recht wirkungslosen aber deshalb nicht weniger schmutzigen Kleinkrieg liefert - muss teilweise als Folge der "prosandinistischen" Regierungspolitik gesehen werden. Die Guerrilleros fühlen sich nämlich - so sagen sie selber - von der Regierung verraten. Seit dem Streit um das Eigentumsgesetz hat sich zudem einer der dem "Premierminister" politisch und persönlich (sie sind miteinander verschwägert) am nächsten stehenden Politiker, Parlamentspräsident Alfredo Cesar, ins gegnerische Lager abgesetzt. Diese "Desertion" ist zwar auch machtpolitisch (was eigentlich nicht bei A. Cesar ?) motiviert, denn es ist für niemanden ein Geheimnis, dass sowohl Lacayo wie Cesar Aspirationen auf die nächste Präsidentschaft haben. Doch in Cesars Schwenker kommt auch eine Missbilligung von Lacayos Nachgiebigkeit den Sandinisten gegenüber zum Ausdruck.

Die schmerzlichste Schelte musste Präsidentin Chamorro jedoch kürzlich von den katholischen Bischöfen einstecken. Schmerzlich vor allem deshalb, weil die Kirche in Nicaragua nach wie vor eine grosse moralische Autorität darstellt.

Es genüge nicht, so schrieben die Bischöfe in einem Hirtenbrief vom 24. November, den Rechtsstaat zu verkünden, man müsse ihn auch ins Werk setzen. Wenn dies bisher nicht geschehen sei, dann zum Teil deshalb, weil die Regierung über keinen "ausführenden Arm" (Armee und Polizei) verfüge, der den Regierungsentscheiden Nachachtung verschaffe und die Einhaltung der Gesetze durchsetze. Für die Bischöfe kommt die mangelnde Rechtssicherheit "in den vielen Verbrechen und terroristischen Attentaten, die ungesühnt bleiben", zum Ausdruck.

Ins Zentrum von Chamorros Aussöhnungspolitik zielt die Kritik der Bischöfe, wenn sie schreiben, es sei besonders verwerflich, dass man die Wahrheit hinter der Entschuldigung verstecken wolle, "um des Friedens und der Aussöhnung willen" so nachgiebig zu handeln. Und in unmissverständlicher Anspielung wird gerügt, dass die Sandinisten für ihre kriminelle Bereicherung straffrei ausgehen, nur "dem (faulen) Frieden zuliebe". Auch wenn Violeta Chamorro auf diese "Verwarnung" gelassen reagierte, Sorge bereitet sie ihr trotzdem.

Es stimmt, Nicaragua ist noch kein Rechtsstaat und das hat tatsächlich auch mit der Unehrllichkeit der (sandinistischen) Strafverfolgungsbehörde, mit den aus politischer Angst geborenen Rechtsbeugungen und mit dem Autoritäts- und Durchsetzungsdefizit der Regierung zu tun. Die Frage ist nur, ob eine Politik mehr Erfolg gezeitigt hätte, welche die Sandinisten von Anfang an stärker zu entmachten und in ihre (verfassungsmässigen) Schranken zu weisen versucht hätte. Frau Chamorro ist um eine Antwort nicht verlegen: "Hätte ich so gehandelt, dann würde ich jetzt wie Haitis Präsident politisches Asyl suchen", sagt sie plastisch.

4. Der Widerstand des FSLN gegen die neue Regierung war tatsächlich von Anfang an - trotz des Uebergangsprotokolls - äusserst heftig, und es hätte wohl zu blutigen Auseinandersetzungen geführt, wäre die Regierung auf Konfrontation gefahren. Dabei ist festzuhalten: Für was sich die sandinistischen Politiker wehrten und wehren, sind nicht in erster Linie und nicht so sehr die "historischen Errungenschaften", sondern ihre eigene Haut. Die "Piñata" und der Streit, der seit dem Regierungswechsel um die Regelung dieser Frage geführt wird, ist nur der sichtbarste Teil dieses Interessenkampfes. Die sandinistischen Amt- und Würdenträger sind während ihrer zehnjährigen Regierungszeit zu grosser Macht und beachtlichem Reichtum gelangt. Das heisst aber, der FSLN hat die traurige Tradition der korrupten Alleinherrscher, welche die nicaraguanische Geschichte so nachhaltig prägte, nicht gebrochen, sondern weitergeführt. Durch Geld und Macht korrumpiert zeigten sich die Sandinisten nicht erst, als sie die Regierungssessel räumen mussten. Waren es auch wenige, so haben doch schon während der Regierungszeit prominente Parteimitglieder - allen voran Moisés Hassan - dem Frente aus diesem Grund den Rücken gekehrt. Der völlig überraschende Wahlverlust erzeugte dann offensichtlich eine Panik, aus der sich die FSLN-Führung, nach dem Motto "sauve, qui peut", in die "Piñata" und in den demaskierenden Politikgrundsatz der "Regierung von unten" rettete. Jetzt besteht die FSLN-Politik der letzten zwei Jahre zu einem nicht geringen Teil aus dem Bestreben der Führungsschicht, sich gegen den Verlust von Macht, Privilegien und Reichtum zu wehren. Das bekommt dem Land nicht gut.

Wenn die FSLN-Chefs hinter der Verteidigung der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Errungenschaften, für die sie angeblich auf die Barrikaden gehen, ihren schieren Egoismus verstecken, heisst das nicht, dass es solche Errungenschaften nicht gäbe, oder dass die Austeritätspolitik der Regierung Chamorro nicht einige davon gefährdeten. Die Budgetsanierung macht eben auch vor dem Gesundheits- und Erziehungsbereich nicht halt. Ueberhaupt ist anzumerken, dass die Armut und die soziale Schutzlosigkeit in Nicaragua so gross sind, dass eine konsequente Linkspartei mehr als genug "Arbeit" hätte. Doch der Frente ist diese Partei (noch) nicht. Wie könnte er sonst gegen den Widerstand der UNO das Militärbudget auf Kosten von Erziehung und Gesundheit relativ hoch halten? Wie könnte er sich sonst gerade über wirtschafts- und sozialpolitische Anpassungsmassnahmen am schnellsten mit der Regierung einigen, während er unüberwindlichen Widerstand entgegensetzt, sobald es um Machtpositionen und Privilegien des FSLN und seiner Hierarchie geht? Solche Widersprüche machen die sandinistische Politik über weite Strecken inkohärent und unglaubwürdig.

Die Substanzarmut der sandinistischen Politik - die weitgehende Erschöpfung im "anti" und in der Besitzstandsicherung -, ist aber nicht nur auf individuellen Egoismus, sondern auch auf die Orientierungskrise der Partei im Gefolge von Wahlverlust und sozialistischer Götterdämmerung zurückzuführen.

- 6 -

Trotz propagandistisch aufbereiteten Sprachregelungen wissen nämlich auch die Comandantes, dass sie am 25. Februar 1990 nicht nur den "Tücken des Imperialismus" und einigen individuellen Fehlern zum Opfer gefallen sind, sondern dass die Wählermehrheit mit Wissen und Willen ein Modell verabschiedet hat. Sie wissen also auch, dass sie neuen Wein in neuen Schläuchen auftischen müssen und nicht einfach wieder mit dem "historischen Projekt" antreten können, wenn sie die Regierung zurückgewinnen wollen. Ja sogar das schlichte Ueberleben der Partei wird auf lange Frist nur möglich sein, wenn der Frente "neue Ideen, neue Strukturen, und neue Köpfe" (Edmundo Jarquin) findet. So setzte denn auch nach dem Wahlverlust eine heftige interne Diskussion über die politisch-ideologische Ausrichtung des Frente ein, und aus dem 1. Parteikongress vom vergangenen Juli sollte eigentlich eine völlig erneuerte Partei hervorgehen. Doch die Metamorphose fand nicht statt.

Hat sich mit dem sandinistischen Wahlverlust dieselbe "Geschichtslogik" wie in Osteuropa durchgesetzt, d.h. ist mit dem sandinistischen Nicaragua einfach ein weiteres Regime des "real existierenden Sozialismus" untergegangen? Antwortet man darauf mit ja, dann macht man zwar eine massive Verkürzung, aber eine erlaubte. Auch wenn in den Tropen Zentralamerikas weder die ideologische noch die organisatorische Disziplin Ostdeutschlands geübt wurde, sind uns die Sandinisten den von ihnen angekündigten unorthodoxen, effizienten Marxismus "mit menschlichem Gesicht" schuldig geblieben. Aus taktischen Gründen wurden zwar viele Konzessionen gemacht, doch wie Comandante Bayardo Arce in seiner "geheimen" Rede von 1984 vor den nicaraguanischen Kommunisten darlegte, stimmte der FSLN in seiner Zielsetzung mit allen andern "Bruderparteien" überein. Beim bekannt grossen Einfluss Fidel Castros auf die "muchachos" wäre alles andere auch kaum denkbar gewesen. Der Marxismus-Leninismus (auf den Leninismus hat man sich in Managua noch berufen, als ihn die Eurokommunisten längstens auf den Abfallhaufen der Geschichte geworfen hatten), der in der Heimat Sandinos und Rubén Daríos entwickelt wurde, war weder "schöpferischer" noch authentischer, als jener in den osteuropäischen Ländern, er war nur schlechter. Das so handliche Programm der Sandinisten - Pluralismus, gemischte Wirtschaft, Blockfreiheit - war immer mehr Augenwischerei als ernsthafter Richtpunkt. Wie käme man sonst dazu, den "demokratischen Zentralismus" sogar noch im neuen Parteiprogramm von 1991 als grundlegendes Strukturprinzip beizubehalten ?

Es liegt eine Tragik im sandinistischen Scheitern, aber man muss den Grund dazu nicht nur beim "bösen Yankee" suchen, sondern ebenso im Sandinismus selbst. Die "muchachos" sind gegen zwei reale Feinde - den Somocismus und den US-Imperialismus - angetreten, aber sie haben in diesem Kampf das Mass ihres Handelns - der absolute Machtanspruch, die dogmatische Starre, die Fremdbestimmung - doch wieder am Gegner genommen und sind so auf dessen "tiefes Niveau" gesunken. Der Sandinismus ist (als Frucht einer "tropischen Kulturretardierung"?) auf dem "Mist" des Somocismus und US-Imperialismus gewachsen.

Das hat ihn so tiefgehend geprägt, dass er ohne dieses "Lebenselement" heute sein Selbstverständnis, ja eigentlich seine raison d'être verliert. Denn nur die Sturheit und Brutalität dieser Gegner hat die eigene Sturheit und Brutalität "gerechtfertigt". Deshalb sind jetzt, wo es keinen Somoza und keinen Somocismus mehr zu bekämpfen gibt, führende Sandinisten - allen voran Daniel Ortega - dauernd damit beschäftigt, das Gespenst des Somocismus zu beschwören und aus jedem "Neoliberalen" einen Somoza zu machen.

Statt eine Lösung für das "nicaraguanische Problem" zu bringen, blieben die Sandinisten ein Teil dieses Problems, und statt die "alte Geschichte" zu überwinden, setzten sie deren Dynamik fort. Erst jetzt wird - so sagten wir deshalb eingangs - der Bruch mit der Vergangenheit versucht.

Wenn der FSLN an seinem 1. Parteitag seine eigene Vergangenheit nicht bewältigt und die Schaffung einer neuen Identität (vorläufig) dem Bewahren der Parteieinheit geopfert hat, dann zahlt nicht nur der Frente, sondern auch Nicaragua einen hohen Preis dafür. Der FSLN spielt in Nicaragua eine so entscheidende Rolle, dass seine ambivalente Politik - Folge seiner Identitätskrise - vollumfänglich auf die Entwicklung des Landes durchschlägt. Wie es der Chef der Friedrich Ebert Stiftung in Managua kürzlich sagte: Der Frente bremst Nicaragua. Seit jüngstem gibt es allerdings Anzeichen, dass die Verkalkung aufbrechen könnte. Zog Daniel Ortega im Vorfeld des Parteikongresses vom vergangenen Juli gegen alles Sozialdemokratische noch vom Leder, so hat er jetzt doch das Aufnahmegesuch in die Sozialistische Internationale gestellt. Dass das Ende der kommunistischen Partei der Sowjetunion (die Parteibeziehungen spielten trotz Perestrojka und FSLN-Wahlverlust 1991 noch bestens!) und das endgültige Auseinanderbrechen des Sowjetreichs den Schritt beschleunigt haben, dürfte keine abwegige Vermutung sein.

Unnötig hervorzuheben, dass in Nicaragua männiglich den Eintritt des Frente in die SI begrüsst, erhofft man sich davon doch eine Mässigung und "Disziplinierung" der Partei.

5. Ihre Kritiker von "rechts" und "links" weist die Regierung zur Rechtfertigung ihrer Politik auf die turmhohen Probleme, auf den beschränkten Handlungsspielraum aber auch auf die bisherigen Leistungen und Erfolge hin. Angesichts der geschilderten Schwierigkeiten sind diese auch tatsächlich nicht gering zu achten.

Mit der Demobilisierung der Contra schon im Mai/Juni 1990 und der Reduktion des Heeres auf weniger als 28'000 Mann konnte das Spannungspotential erheblich gesenkt werden. Zu einer echten Befriedung der Gesellschaft kam es aber nicht. Beide Seiten - Sandinisten und Antisandinisten - verfügen nämlich noch über grosse Mengen Waffen, und die Ordnungskräfte (Polizei und Armee) dienen der Regierung, wie wir hervorhoben, nur beschränkt als loyale Durchsetzungsinstrumente.

- 8 -

Als erstaunlichen Erfolg kann die Regierung auch die Stabilisierung der Wirtschaft im zu Ende gehenden Jahr anführen. Ueberschritt die Inflation Ende 1990 erneut die 10'000 % Marke, konnten die monatlichen Zuwachsraten nach der Wirtschafts- und Währungsreform vom 3. März 1991 (mit Ausnahme des Oktobers: 5 %) auf nahezu 0 % gedrückt werden. Die Währung ist zwar gemessen an der Kaufkraftparität überbewertet, doch dank einer relativ hohen Liquidität der Wirtschaft hält sich der Druck auf den Cordoba auf dem Schwarzmarkt in Grenzen. Um eine Abwertung wird man in absehbarer Zeit wohl kaum herumkommen, doch dürfte sie so gering ausfallen, dass die Inflation dadurch wenig angeheizt wird.

Die Stabilisierung hat allerdings ihren Preis: Die Stagnation. Auch 1991 konnte die nicaraguanische Wirtschaft ihre Produktion nicht erhöhen, wenn sie auch wenigstens das Negativwachstum zu stoppen vermochte. Ebenso problematisch zeigen sich die sozialen Kosten der Anpassungsmassnahmen. Die Wirtschaft sanieren heisst auch in Nicaragua, den Gürtel enger schnallen. Doch das wird, wie die Vorkommnisse in andern lateinamerikanischen Ländern zeigen, von keinem Volk widerspruchslos geschluckt. Der Kampf um die Opfersymmetrie ist kein Specificum Nicaraguas. "Spezifisch" allerdings ist Nicaraguas erdrückende Armut, so dass jede weitere Wohlstandsverminderung noch schmerzlicher als anderswo verspürt wird. Spezifisch nicaraguanisch zeigt sich auch das politische Umfeld: Sozialpolitische Anspruchskämpfe der (sandinistischen) Gewerkschaften und machtpolitische Präntensionen des FSLN sind zu einer untrennbaren Legierung verschmolzen. Es ist in Nicaragua deshalb noch gefährlicher als anderswo, den Druck im Topf zu hoch ansteigen zu lassen.

Man kann die wirtschaftliche Stagnation gewiss nicht nur auf das Stabilisierungsprogramm zurückführen. Weitere ökonomische und auch politische Faktoren tragen ebensoviel zum Treten an Ort bei. Einer dieser Faktoren ist z.B. das Ausbleiben der erhofften Investitionen, was vor allem auf die politischen Rahmenbedingungen, und mehr als etwas anderes auf die Instabilität zurückzuführen ist. Schwer wiegt auch die Rechtsunsicherheit in Bezug auf das Eigentum. Wie es nach dem bestätigten Veto weitergehen wird, weiss niemand.

Sprechen wir von Rechtsunsicherheit in Eigentumsfragen, meinen wir aber nicht nur den Gesetzestext, sondern auch dessen Anwendung: Die Regierung hat bereits etliche Betriebe, die von den Sandinisten ungerechtfertigterweise enteignet worden waren, (entsprechende Gerichtsurteile liegen vor) den ehemaligen Besitzern zurückgegeben. Diese konnten ihr Eigentum öfters nicht übernehmen, da die sandinistische Belegschaft sie mit Waffengewalt daran hindert. Wer will aber sein Kapital wagen, wenn er "der Gefangene" der Belegschaft bleibt und am Produzieren gehindert wird?

Abgesehen davon, dass diese Rechtsunsicherheit einige Unternehmer ganz konkret betrifft, schafft sie zusammen mit den politischen Konflikten und den dauernden Streiks ein Klima, in dem auch andere, insbesondere ausländische, Investoren wenig

Lust zum Engagement verspüren. Das neue, liberale Gesetz für Auslandsinvestitionen mag solche Nachteile offensichtlich nicht wettzumachen.

Nebst diesen gewichtigen Gründen kann man noch weitere Faktoren für die Investitionsbaisse ausmachen, so dass eine baldige Trendumkehr wenig wahrscheinlich aussieht: Die Infrastruktur genügt in keiner Weise, die Produktionskosten sind vergleichsweise hoch, und die staatliche Verwaltung zeigt sich so kompliziert und korrupt wie je.

Nicht unterschätzt werden darf zudem die schlechte "Investitionsmentalität" des durchschnittlichen nicaraguanischen Unternehmers, der sein Kapital lieber auf ausländischen Banken zu schnellem Gewinn führen, als in seinem Betrieb langfristig engagieren will. Die Gewinnchancen sind im heutigen Nicaragua nicht überaus "goldig", aber das ist nicht der Hauptgrund für die unternehmerische "Zurückhaltung". Trotz einer gewissen Industrialisierung herrscht in Nicaragua, wie in ganz Zentralamerika, einfach noch mehr die Geisteshaltung des feudalen Agrarstaates als jener des "modernen" Kapitalismus. Von Max Webers "innerweltlicher Askese" ist jedenfalls wenig zu finden.

Die Regierung hofft, das Ausbleiben der privaten Investitionen nächstes Jahr teilweise durch öffentliche Ausgaben kompensieren zu können und sie prognostiziert denn auch sehr optimistisch ein Wachstum von 5 %. Gegenüber solchem Optimismus ist Vorsicht am Platz. Immerhin, man darf der Regierung zugute halten, dass sie die Schulden sehr erfolgreich konsolidiert hat und deshalb bei den internationalen Finanzinstituten nun wieder zu Neugeld kommt. Dies dürfte tatsächlich positive Impulse im Produktionsbereich auslösen.

Violeta Chamorros grösster Erfolg nach 1 1/2 Regierungsjahren liegt aber wahrscheinlich im Vertrauen, das ihr die Mehrheit der Bevölkerung - regelmässige Umfragen beweisen es - entgegenbringt. Blickt man auf die nur relativen Fortschritte beim Lösen der konkreten Probleme, kann dies vielleicht überraschen. Die Unterstützung die hier zum Ausdruck kommt, gilt wohl auch weniger den einzelnen politischen Schritten, als der Integrität der Person und dem Stil des Regierens. Violeta ist die Landesmutter, welche ein Ziel über jedes andere stellt: Die Versöhnung der nicaraguanischen "Familie".

Die konkrete Regierungsarbeit überlässt sie dagegen vollständig ihrem Schwiegersohn, der deshalb vielmehr Kritik auf sich zieht, als die Präsidentin. Erstaunlicherweise erhält aber auch Antonio Lacayo in den Umfragen durchwegs "gute Noten". Einige "kritische" Politiker wie Virgilio Godoy zweifeln daher an der Zuverlässigkeit der Demoskopien. Es gibt aber zumindest noch eine andere Erklärung für die relativ hohe Popularität des Premierministers: Man mag hüben und drüben über die Resultate der bisherigen Politik enttäuscht sein, weil man mehr für sich "herausholen" wollte. Eine Mehrheit wertet aber anscheinend Lacayos Vorgehen mit Blick auf die unzähligen Probleme

- 10 -

und Gefahren doch als die "Kunst des Möglichen". Zieht man die Extrempositionen bei den Sandinisten und Antisandinisten in Betracht, dann ist man geneigt, dem "gesunden Instinkt" der vox populi recht zu geben. Es gibt nämlich auf beiden Seiten Gruppen, die würden auch vor einem Bürgerkrieg nicht zurückschrecken. Nicht nur die Recontras und Recompas beweisen das, selbst der Generalsekretär des FSLN, Daniel Ortega, fühlte sich vor wenigen Wochen noch bemüssigt, das "legitime" Recht des "Volkes" (sprich der Sandinisten) auf "bewaffneten Widerstand" zu statuieren.

Es gilt, hier auf eine weitere Besonderheit von Lacayos Regierungsstil hinzuweisen, die - an sich auch nicht ohne Probleme und Gefahren - die Lage entspannt. Seit Monaten bemüht sich der "Premierminister" darum, mit allen politischen Kräften des Landes in einem "nationalen Dialog" zu einem Konsens über den Aufbau eines neuen Nicaragua zu kommen. Schon 1990 rief er die Sozialpartner und die politischen Parteien zu einer ersten Runde von Konzertationsverhandlungen zusammen, und dieses Jahr wurden die Gespräche trotz mangelhafter Erfolge weitergeführt. Im Januar 1992 schliesslich will Lacayo den FSLN und die UNO mit der Regierung zu einem tripartiten "nationalen Dialog" zusammenführen.

Ohne Zweifel, eine solche Verstetigung eines ausserparlamentarischen Verfahrens entzieht der Legislative etliches an Substanz. Ist es aber nicht das Wesen und das Vorrecht des Parlaments, im "nationalen Dialog" (Parlamentum) den Grundriss des politischen Hauses auszuarbeiten? Haben die Parlamentarier durch ihre Wahl nicht gerade die Legitimation und die Zuständigkeit für diese Aufgabe erhalten?

Fragwürdig ist auch die Kräfteverschiebung, die durch die Verlegung der Konsensfindung in den ausserparlamentarischen Bereichen stattfindet: Hier ist das Mehrheits-Minderheitsverhältnis aufgehoben. Es zählt vor allem das Argument der Macht. Zudem nimmt die Regierung eine Schiedsrichterrolle ein, die ihr die Wähler nicht zugedacht haben. Natürlich soll sie die Regierung des ganzen Landes sein, aber dies doch auf dem Boden des Mehrheitswillens. Diesem verdankt sie schliesslich ihre Regierungslegitimation.

Wenn also der "ausserparlamentarische Regierungsstil" unter dem Aspekt des Wählermandats ebenso fragwürdig sein mag, wie es gewisse machtmässige und programmatische Konzessionen an die Sandinisten sind, so scheint er doch den realen Machtverhältnissen besser angepasst als das konsequente Festhalten am klassischen Regierungsinstrumentarium.

Um sie angemessen zu beurteilen, muss man die heutige nicaraguanische Politik wohl am besten als grossen Lernprozess verstehen: Niemand beherrscht seine Rolle, weder die Regierung noch die Opposition, ja letztere zeigt sogar grosse Mühe sich

- 11 -

mit der neuen Rolle zu abzufinden. Anders und banal gesagt:
Wir stehen in einer Uebergangsphase. Aber in diesem Lernprozess zeigen sich bisher alle noch als lernfähig, und das ist Grund zu vorsichtigem Optimismus.

Der Schweizerische Botschafter



J. Bucher

Kopie an:

- Schweiz. Botschaften in Washington, Guatemala und Panama
- COSUDE, Tegucigalpa (via Guatemala)